



## Corona im Gefängnis

# «Häftlinge sollen früher freigelassen werden»

Um die Gesundheit von Gefängnisinsassen zu gewährleisten, sollen Risikopatienten früher entlassen werden, fordert eine Menschenrechtsorganisation.

Die Menschenrechtsorganisation Humanrights.ch ist besorgt über die Gesundheit von Häftlingen in der Corona-Krise. In einer Mitteilung forderte sie am Montag unter anderem, dass Insassen früher aus der Haft entlassen werden: «Es müsste eine Abstufung geben: Bei besonders gefährdeten Insassen, bei deren Entlassung das Sicherheitsrisiko als gering einzustufen ist, müsste eine bedingte Entlassung bereits nach der Hälfte statt nach zwei Dritteln der Strafe verfügt werden», sagt David Mühlemann von Humanrights.ch gegenüber 20 Minuten. Auch die Untersuchungshaft müsse «zurückhaltender angewendet werden».

Laut Humanrights.ch sind Gefängnisse Epizentren für Infektionskrankheiten: «Die Inhaftierten leben und arbeiten auf engstem Raum, teilen sich Duschen und Zellen. Überfüllte und schlecht belüftete Räume erhöhen die Ansteckungsgefahr zusätzlich», heisst es in der Mitteilung. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat am Montag ebenfalls Richtlinien zum Umgang mit dem Coronavirus in Gefängnissen erlassen - und kommt in einigen Punkten zum selben Schluss wie Humanrights.ch.

### Politiker halten nichts von der Idee

Die Ideen von Humanrights.ch kommen bei Politikern nicht gut an: «An oberster Stelle steht das Gesetz», sagt etwa Ida Glanzmann-Hunkeler (CVP), Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) des Nationalrats. «Wir können wegen dieser Ausnahmesituation nicht den ganzen Strafvollzug ändern.»

FDP-Ständerat Thierry Burkart schliesst sich ihr an: «Unser Rechtsstaat und der Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität müssen auch in dieser Lage funktionieren.» Solange die Hygiene- und Abstandsmassnahmen des BAG in den Strafvollzugsanstalten umgesetzt werden könnten, sehe er keinen Grund, jemanden nicht ins Gefängnis zu stecken oder frühzeitig daraus zu entlassen, der dem Gesetz nach ins Gefängnis gehört.

### «Wird der Platz knapp, müssen pragmatische Lösungen her»

Für die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher ist wichtig, dass für alle dieselben Richtlinien gelten, und zwar die Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit: «Die Gesundheit von Gefängnisinsassen ist sicherlich wichtig, doch ebenso wichtig ist der Schutz der Bevölkerung.»

Auch SP-Nationalrat Fabian Molina sagt, es müsse sichergestellt werden, dass Verbrechen geahndet werden. «Gerichte können ihre Urteile nicht abändern, weil jetzt eine aussergewöhnliche Situation herrscht.»



Die Weltgesundheitsorganisation hat am Montag Empfehlungen erlassen für den Umgang mit dem Coronavirus in Gefängnissen. Sie hält fest: «Die Bemühungen der Gesellschaft, das Virus einzudämmen, werden wahrscheinlich scheitern, wenn in Gefängnissen keine strengen Massnahmen zur Prävention, angemessene Tests, Behandlung und Pflege durchgeführt werden.» (Symbolbild)

Bild: Keystone/Georgios Kefalas

Sollte der Platz in den Gefängnissen aber tatsächlich nicht mehr ausreichen, müssten pragmatische Lösungen her: «Dann könnte ich mir vorstellen, dass man einen Insassen beispielsweise zwei Monate vor Verbüssen der Strafe aus dem Vollzug holt, um Platz zu schaffen.»

### Gefängnisse schaffen durch Verschiebungen Platz

Die Behörden beschäftigen sich intensiv mit den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Gefängnisse: Rebecca de Silva vom Justizvollzug des Kantons Zürich schreibt auf Anfrage: «Wir bereiten uns derzeit auf eine aussergewöhnliche Lage vor, treffen für uns relevante Abklärungen und arbeiten präventive Massnahmen und verschiedene Lösungsszenarien aus.»

In allererster Linie gelte es nun, das Wohlergehen und die Gesundheit der Mitarbeitenden und Insassen zu schützen, für Sicherheit zu sorgen und die Verbreitung des Virus mit aller Kraft zu verhindern. Insassen, die positiv getestet werden, werden laut de Silva umgehend isoliert und falls erforderlich medizinisch betreut. «Derzeit sind wir intensiv damit beschäftigt, durch Verschiebungen die Anzahl Insassen pro Gefängnis zu verringern und die Zahl an Einzelzellen zu erhöhen», sagt de Silva.

### «Geltendes Recht auch in der Krise anwenden»

Baschi Dürr, Polizeidirektor von Basel-Stadt und Vize-Direktor der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, sagt gegenüber SRF: «Es wird aber auch diskutiert, ob man beispielsweise erkrankte Gefangene zusammenzieht, um sie besser betreuen zu können.» Um die Betreuung in zentralen Pflegestationen zu ermöglichen, sei etwa die Wiederinbetriebnahme von Gefängnissen möglich.

Dem Anliegen von Humanrights.ch erteilt das Bundesamt für Justiz jedoch eine Absage: «Aufgrund der Rechtssicherheit ist es wichtig, dass das geltende Recht auch in einer Krise angewendet wird», sagt Sprecherin Ingrid Ryser auf Anfrage. Zur Beurteilung, ob eine Haftstrafe jemandem zugemutet werden könne, würden beim Coronavirus dieselben Regeln gelten wie bei einer anderen Krankheit auch: «Insbesondere gilt es zu beachten, dass die inhaftierte Person in ein Spital eingewiesen werden kann, wenn dies notwendig ist», sagt Ryser.